



Meinungsfreiheit für die Bürger



Frank Schwietke/CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Anja Reschke:

ARD-Fernsehmoderatorin

„Die fixe Idee der neutralen Berichterstattung halte ich für absurd.“

„Wir können auch mit einer Milliarde, aber dann halt ohne Programm.“



Jonas Rogowski/CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Jan Böhmermann:

ZDF-Fernsehmoderator

„Ich weiß gar nicht was meine Sendung kostet.“

„Ich möchte mir eine Lasagne aus Geld machen.“



950x641/CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Tom Buhrow:

WDR-Intendant

„Ich kann absolut zu den Gehältern stehen.“

Man kann immer sagen weniger, weniger, weniger.“
→ Jahresgehalt: 413.000 €

„Ich fahre einen 7er BMW, leider mit Massagesitzen.“



Meinungsfreiheit für die Bürger



V.i.S.d.P.

Sven von Storch
www.meinungsfreiheit-jetzt.de

Diese Broschüre wurde mit Unterstützung des Instituts für Strategische Studien Berlin e.V. erstellt.

Spendenkonto:

Meinungsfreiheit für die Bürger
IBAN: DE55 1005 0000 0190 8514 14
BIC: BELADEBEXX
PayPal: info@zivileallianz.de

Meinungsfreiheit für die Bürger Zivile Allianz e.V.

Zionskirchstr. 3
10119 Berlin
Tel: +49 (0) 30 - 88 00 13 98
Fax: +49 (0) 30 - 34 70 62 64
info@meinungsfreiheit-jetzt.de
Trägerverein: Zivile Allianz e.V.

Bitte
ausreichend
frankieren!

Empfänger:

Meinungsfreiheit für die Bürger
Zivile Allianz e.V.
Zionskirchstr. 3

10119 Berlin

Wofür werden die Zwangsabgaben von ARD&ZDF ausgegeben?

240 Millionen Euro für den WDR-Neubau „Filmhaus“

Ursprünglich hat der WDR für das Projekt 80 Millionen Euro angemeldet. Die Kosten haben sich seitdem verdreifacht. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) sperrte schließlich die Mittel wegen „erheblicher Transparenzdefizite.“

360 Millionen Euro für das BR Neubauprojekt „BR hoch 3“

Der Bayerische Rundfunk hat für das Projekt „BR hoch drei“ bisher insgesamt insgesamt 360,8 Millionen Euro angemeldet. Weitere Kosten sind bereits absehbar. Der BR will ohne Notwendigkeit seinen Standort in einen anderen Teil von München verlegen und plant dafür mehrere Neubauten. Die KEF hat „erhebliche Zweifel“ an der Wirtschaftlichkeit des Projektes.

185 Millionen Euro für das „Digitale Medienhaus“ des RBB in Berlin

Der Rundfunk Berlin Brandenburg verfügt im „Haus des Rundfunks“ über ausreichend Bürofläche. Dennoch baut die Rundfunkanstalt ein neues „Digitales Medienhaus“. Die Baukosten haben sich verdreifacht: Von 60 Millionen Euro Kosten auf 185 Millionen Euro.

2,5 Milliarden Euro für Pensionen

Der Nettoaufwand für die betriebliche Altersversorgung des ÖRR beträgt allein für die Jahre 2021 bis 2024 2,5 Milliarden Euro

5 Millionen Euro für die Pension des ZDF-Intendanten

Allein um die Pension des scheidenden ZDF-Intendanten Thomas Bellut abzusichern, wurden vom ZDF 5,2 Millionen Euro zurückgestellt. Bellut erhält eine Pension von 20.000 Euro im Monat.

413.000 Euro Jahresgehalt für den WDR-Intendanten

2000 Familien müssen im Jahr Rundfunkbeiträge entrichten, nur um das Gehalt des WDR-Intendanten Tom Buhrow zu bezahlen. Im Vergleich dazu liegt das Gehalt eines Richters am Bundesverfassungsgericht bei 170.000 Euro.

Fahrer und Luxus-Fahrzeuge für Intendanten und Direktoren

Intendanten und Direktoren der Öffentlich-Rechtlichen haben Anspruch auf Luxus-Dienstwagen mit Fahrer. Bei der ARD erhalten die Fahrer Gehälter bis zu 4115 Euro pro Monat.

650.000 Euro für Luxusbüro der RBB-Intendantin

Die RBB Intendantin Patricia Schlesinger richtete sich ein Luxus-Büro mit Parkettböden, Massagesessel und begrünten Wänden ein.



Die GEZ-Gebührenkrake labt sich an Ihren Zwangsabgaben

Die größten Staatsmedien der Welt

- Die Einnahmen des ÖRR lagen im Jahr 2021 bei 8,42 Milliarden Euro.
- 28.000 Beschäftigte, 21 Fernsehsender, 73 Radiostationen.

Beitragsverweigerer kommen ins Gefängnis

- Wegen fehlender 651,50€ wurde Georg Thiel für 181 Tage ins Gefängnis geworfen.
- 2019 hat der ÖRR 18,9 Millionen „Maßnahmen“ gegen Bürger ergriffen, die die Zwangsgebühren nicht gezahlt haben.

Indoktrinierung durch Gender-Sprache

- 65 % der Deutschen lehnen die Gender-Sprache ab.
- Der Staatsfunk setzt sich darüber hinweg und versucht, den Deutschen die Gender-Sprache aufzuzwingen.

Links-grüne Ideologie statt neutraler Berichterstattung

- Talk-Shows: 2022 wurden Vertreter der Linken (Bundestagswahl: 4%) 9 Mal eingeladen, die der AfD (Bundestagswahl: 10%) kein einziges Mal.
- Die Befragung der Volontäre ergab: 92% wählen links-grün: 57% die Grünen, 23% die Linke und 12% die SPD.

Parteiseilschaften kontrollieren das Programm

- ARD-Programm-Direktorin Strobl ist die Ehefrau des baden-württembergischen CDU-Innenministers Thomas Strobl und Tochter des CDU-Funktionärs Wolfgang Schäuble.
- Als Chefin der ARD-Produktionsfirma Degeta produzierte sie Filme wie „Die Getriebenen“, der CDU-Kanzlerin Merkmals Flüchtlingspolitik verteidigt hat.
- Mitarbeiter beim NDR beklagen sich über politischen Filter, die „Berichterstattung werde teilweise verhindert und kritische Informationen heruntergespielt.“

Unkontrollierte Selbstbereicherung

- Die ARD-Vorsitzende Patricia Schlesinger mußte wegen Vetternwirtschaft zurücktreten.
- Schlesinger leistete sich Luxusbüros, Luxuswagen und rechnete private Abendessen als Spesengelder ab. Ihr Mann erhielt lukrative Beraterverträge.
- Die Gehälter sind höher als im öffentlichen Dienst, der privaten Medienwirtschaft und der privaten Wirtschaft allgemein.

ARD¹

ZDF

WDR¹

BR¹

mdr

hr

Deutschlandfunk Kultur

NDR



Unsere Forderung:

- Die Zwangsgebühren müssen abgeschafft werden. Niemand soll mehr ein Programm bezahlen müssen, in dem er beleidigt wird oder das er selbst nicht nutzt.

„Der Fall Patricia Schlesinger ist nur die Spitze des Eisberges von Geldverschwendung und Vetternwirtschaft im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Intendanten, Redakteure, Produzenten und Berater nutzen die Beitragsmilliarden zur Selbstbereicherung und politischen Indoktrination. Das System der Zwangsbeiträge ist intransparent, undemokratisch und unethisch. Es muß abgeschafft werden.“

Beatrix von Storch



Umfrage: 84 % der Deutschen für die Abschaffung der Rundfunkgebühr

So machen es andere Länder:



Frankreich: Gebühren abgeschafft und Reformen eingeleitet

Beide Parlamentskammern haben die Abschaffung der Rundfunkgebühren beschlossen. Derzeit bezieht der öffentlich-rechtliche Rundfunk 3,7 Milliarden Euro aus dieser Quelle. Bis zum Jahr 2024 soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Übergangsphase aus der Mehrwertsteuer finanziert werden. Bis dahin soll das System grundlegend reformiert werden.



Vereinigten Königreich: Gebühren sollen ab 2027 wegfallen

Seit 100 Jahren gibt es die BBC. Aus Rundfunkgebühren bezieht sie jährlich 3,8 Milliarden Euro. Die britische Regierung hat die Rundfunkgebühren bis zum Jahr 2027 eingefroren. Danach sollen sie ganz abgeschafft werden. Die BBC musste deshalb ein Spar-Programm auflegen, Personal abbauen und die hohen Gehälter kürzen.



USA: Stiftungsmittel und freiwillige Spenden

In den USA gibt es den Public Broadcasting Service (PBS) und das National Public Radio (NPR). Beide sind die Entsprechung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Die nicht-kommerziellen Medien erhalten jährlich 445 Millionen Dollar aus einer öffentlichen Stiftung. Darüber hinaus finanzieren sich die Sender aus freiwilligen Mitgliedschaften und Spenden.

Fazit: Unser öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der teuerste der Welt. Obwohl die BBC mit ihren Programmen die gesamte Welt versorgt, sind die Einnahmen weniger als halb so hoch. In Großbritannien und in Frankreich sind die politischen Weichen für die Reform gestellt. In den USA liefern PBS und NBR hochwertige Programme zu geringen Kosten und ohne Zwangsabgaben.

Meinungsfreiheit für die Bürger ist eine starke, von Bürgern getragene Basisbewegung, Wir kämpfen durch Aufklärung und organisierten Protest für die unmittelbare Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und den **Schutz der Bürgerrechte auf gesellschaftlicher und politischer Ebene**. Ihre Unterstützung hilft dabei: Bestellen Sie unsere Faltblätter und verteilen sie diese an interessierte Freunde und Verwandte. **Helfen Sie mit Ihrer Spende:** Jeder Euro ermöglicht uns, weitere Bürger zu erreichen. Druck und vor allem Versand kosten viel Geld. Aber nur Sie ermöglichen, daß wir jedes bestellte Faltblatt auch versenden können.

Gemeinsam können wir viel bewirken – für mehr Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und für einen Wechsel in der Politik.

Bestellformular:

Bitte senden Sie mir die Faltblätter in folgender Anzahl zu:



Gegen Geldverschwendung und Vetternwirtschaft - Rundfunkgebühren abschaffen!

Absender:

Name

Zusatz

Straße & Hausnr.

PLZ und Ort

E-Mail

Bitte halten Sie mich über die Arbeit der Initiative Meinungsfreiheit für die Bürger auf dem Laufenden.